



www.igl-neuhausen.de

Neuhausen, den 29. September 2015, Rede zum Haushalt 2016

Herr Bürgermeister Hacker, meine Damen und Herren,

„Der Haushalt der Gemeinde Neuhausen ist nach wie vor konjunkturabhängig und unsere Rücklagen schwinden in einem Maß, dass ein Konjunkturreinbruch wie 2008 nicht mehr aufgefangen werden könnte. Die zur Verfügung stehenden HH-Mittel müssen deshalb sparsam, nachhaltig und nach Prioritäten eingesetzt werden.“ Dies ist ein Auszug unserer HH-Rede vom 21. Januar 2014 und diese Aussagen treffen auch für den kommenden Haushalt 2016 zu, denn trotz stabiler Wirtschaftslage und niedrigen Zinsen erreichte der Schuldenstand Ende 2014 rund 3,5 Mio. €. Wir erwirtschaften in 2015 unsere Abschreibungen nicht und die allgemeine Rücklage wird voraussichtlich bis Ende 2016 nur noch bei rund 2,2 Mio. € liegen. „Angemerkt werden muss, dass für die Durchführung der Projekte Weiterentwicklung, Sanierung und Ausbau der Friedrich-Schiller-Schule und der Mozartschule oder der Generalsanierung Freibad in der mittelfristigen Finanzplanung derzeit keine Mittel zur Verfügung stehen.“, so unser Kämmerer Herr Hartmann.

Als zusätzliche Einnahmen schlägt die Verwaltung Bauplatzveräußerungen vor. D.h. im Klartext aber auch, die Gemeinde Neuhausen setzt zum Erhalt der Infrastruktur ihr Tafelsilber ein, betreibt Vermögensverzehr. Gebetsmühlenartig wiederholen wir seit Jahren, dass diese Einnahmen nur einmal erzielt werden können, dass neue Baugebiete einen Ausbau der gesamten Infrastruktur und weitere Folgekosten nach sich ziehen. Bis 2019 wird unsere Gemeinde durch die neuen Baugebiete Quartier für Generationen, Ziegelei und Akademiegärten rund 1000 neue Einwohner bekommen. Hinzu kommt der zu erwartende Einwohnerzuwachs durch Flüchtlinge. Eine gewaltige Herausforderung bezüglich der Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in das Gemeindeleben, bezüglich der notwendig werdenden steigenden Kinderbetreuungsplätze in unseren Betreuungseinrichtungen und bezüglich der steigenden Schülerzahlen in unseren Schulen.

Wie einfach Ressourcen unserer Gemeinde in Form von Geld und Umwelt geschont werden können zeigt ein einfaches Beispiel anhand des unteren Sitzungsraumes im Rettungszentrum. Dort brennen an einem Abend 30 Glühlampen mit je 100 Watt. Bei 3 Abenden pro Woche mit je 3 Stunden verursachen diese Lampen bei einem günstigen Strompreis Kosten von rund 750 € pro Jahr. Mit LED-Lampen versehen würden diese Kosten lediglich bei rund 135 € pro Jahr liegen. Nach einem Jahr wären die Investitionskosten für die LEDs amortisiert, danach könnte die Ge-

meinde jedes Jahr 615 Euro sparen – und dies bei nur einem Raum! Wenn Sie liebe Gemeinderatskolleginnen und –kollegen jetzt nach oben zur Decke schauen, sehen sie viele Glühlampen und Energiesparlampen, die ebenfalls durch LEDs ausgetauscht werden können! Energie einsparen, CO²-Emissionen verringern, das Klima und die HH-Kasse schonen gehen einher. Wir erinnern an dieser Stelle an unsere langjährige Forderung nach einem externen Energiemanagement für gemeindeeigene Gebäude. Mit Herrn Gäbele, unserem neuen Ortsbaumeister, konnte ein Experte gewonnen werden der diese Aufgabe selbst meistern will. Wir warten gespannt auf seine Konzepte und Vorschläge die im GR hoffentlich zeitnah vorgestellt werden.

Die seit Jahren kontinuierliche Streuobstwiesenförderung der Gemeinde Neuhausen hat zu einer Verjüngung des Streuobstwiesenbestandes auf unserer Gemarkung geführt. Rund 300 Obstbäume konnten neu gepflanzt werden. Danke sagen möchten wir an dieser Stelle den Akteuren des Obst- und Gartenbauvereins (OGV), die die Pflanzaktionen organisieren. Lobend erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch, dass die Ehrenamtlichen des OGV das aufwendige Antragsverfahren nicht gescheut haben und für 400 Bäume von Neuhausener Privatbesitzern einen Antrag beim Land Baden-Württemberg zur Obstbaumschnittförderung gestellt haben. Dieses Engagement für ein Antragsverfahren für die gemeindeneigenen Obstbäume hätten wir uns auch von der Gemeindeverwaltung erhofft.

Erstmalig in diesem Jahr beteiligte sich die Gemeinde Neuhausen mit einem temporären Sammelplatz für Obstbaumschnitt an der Schnittgutsammelaktion des Landkreises Esslingen. Damit wird ein Anreiz zum Schneiden und damit zum Erhalt der Obstbäume geschaffen, Obstbaumbesitzer werden durch einen erleichterten Abtransport des Obstbaumschnitts entlastet und mit den dadurch gewonnenen Holzhackschnitzeln können in diesem Jahr 216 000 l Heizöl eingespart werden. Das entspricht der jährlichen Versorgung von 140 Einfamilienhäusern mit je 100 m² Wohnfläche für Heizung und Warmwasser. Entgegen dem Verwaltungsvorschlag wollen wir, die Fraktion der IGL, dass diese wertvolle Sammelaktion unseren Bürgerinnen und Bürgern erhalten bleibt.

Unsere Anträge aus den letzten Jahren zu fairem ökologischen Beschaffungswesen und zur Festlegung von Mobilfunkstandorten haben nicht an Aktualität eingebüßt, entsprechen unserem Leitbild, dass sich „die Belastungen unserer BürgerInnen durch Immissionen und Emissionen nicht erhöhen dürfen und nach Möglichkeit reduziert werden“ und dass „das ökologische Bewusstsein gefördert werden muss“. Wir wünschen uns bei der Umsetzung dieser Themen von der Verwaltung mehr Tempo und Ehrgeiz.

Ausgleichsflächen sind keine Ersatzflächen die für bebaute Flächen neu auf der Gemarkung hinzukommen, sondern sie bilden durch ihre Art der Nutzung einen Ausgleich für bebaute Flächen. Die Fraktion der IGL möchte eine Aufstellung aller Ausgleichsflächen auf der Gemarkung Neuhausen mit ihrer Klassifizierung und inklusive der Verfahren die für die Ausweisung zu Grunde gelegt wurden. Ebenso sollen der aktuelle Zustand bzw. der Status und die Verantwortlichkeit ersichtlich

sein. Wir wollen außerdem wissen wie eine regelmäßige Kontrolle der Ausgleichsflächen gewährleistet wird und wie Fehlnutzungen erkannt und korrigiert werden können.

Die Verkehrsbelastungen unserer Region und damit auch unserer Gemeinde können nur über einen gut ausgebauten und gut vertakteten ÖPNV, gut ausgebaute Radwege, intelligente Verkehrsführungen und nicht zu vergessen, nur im Schulterschluss mit unseren Nachbarkommunen reduziert werden. Nachdem der Bund letzte Woche das Gemeindefinanzierungsgesetz und damit die Finanzierungszusage zur S-Bahnverlängerung von Bernhausen nach Neuhausen verlängert hat können auch die Bürgerinnen und Bürger unsere Gemeinde ab 2021 von einem S-Bahnanschluss profitieren. Die ersten Pläne wurden vorgestellt und damit auch die Lage des Bahnhofs und die eingleisige Streckenführung. Die eingleisige Streckenführung in Neuhausen hat gegenüber der Zweigleisigkeit für die direkt an der Strecke Wohnenden den großen Vorteil, dass sie weiter (jetzt um 10m) von den Gebäuden abrückt. Unseres Erachtens ist das ein optischer Vorteil da die Lärmschutzwand damit auch weiter abrückt. Der akustische Vorteil muss sich im weiteren Verfahren noch zeigen, denn der erforderliche gute Lärm- und Erschütterungsschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger muss noch nachgewiesen werden. Für eine Verlängerung von Neuhausen ins Neckartal sind die Eingleisigkeit und Lage des Bahnhofs nicht optimal, in der derzeitigen Situation aber die einzige Möglichkeit für Neuhausen an einen S-Bahn-Anschluss zu kommen. Neben der S-Bahnverlängerung, dem Bahnhof und Bahnhofumfeld werden wir uns in den nächsten Jahren mit dem Ausbau des Busverkehrs befassen müssen. Das neue Baugebiet Akademiegärten wird angeschlossen werden müssen. Eine attraktivere Vertaktung der Busverbindungen nach Wolfschlugen und Nürtingen, zu den Berufsschulen nach Zell, um nur einige zu nennen, wünschen sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger schon lange.

„Lärmschutzmaßnahmen sind zu ergreifen bzw. umzusetzen“ so unser Leitbild. Der Verkehr auf unseren stark frequentierten Straßen, die Plieningen- und Denkendorferstraße, Adenauer- Wilhelm- und Scharnhäuserstraße, Esslinger-, Markt- und Kirchstraße bringt eine hohe Lärmbelastung mit sich. Gegen krank machenden Lärm und Abgase hilft neben der Stärkung des ÖPNV auch die Förderung des Radverkehrs da dadurch der Individualverkehr reduziert und auch verlangsamt werden kann. Eine weitere, besonders wirkungsvolle Lärmreduktion kann durch Tempo 30 Zonen erreicht werden. Die Lärmbelastung sinkt damit um die Hälfte. Diese Maßnahme kann kurzfristig und preisgünstig umgesetzt werden und sie trägt zur Steigerung der Lebensqualität bei. Dass die Grün/Rote Landesregierung hier wohlwollende Entscheidungen trifft und auf Landesstraßen zumindest zeitlich befristete (nachts) Tempolimits zulässt, machen uns unsere Nachbarkommunen schon seit geraumer Zeit vor. Wir IGL beantragen, dass die Anwohner dieser hoch belasteten Straßen durch Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h entlastet werden.

Die Verwaltung hat zwei Straßenzüge hinsichtlich der Ausweisung eines Fahrradschutzstreifens überprüft. Das geht uns nicht weit genug. Wir wollen, dass alle Straßen betrachtet werden und

erneuern deshalb unseren Antrag der schon in der letzten HH-Beratung die Unterstützung aller Fraktionen fand „ Erstellung einer Radwegekonzeption durch ein Fachbüro und unter Einbeziehung des ADFC“. Weiterhin erwarten wir bei der Erneuerung der Esslingerstraße, dass die Belange der Radfahrer Berücksichtigung finden. Die grün geführte Landesregierung stellt im Übrigen für den Radwegebau Fördermittel zur Verfügung.

Bedauerlicherweise entfällt mit der Bebauung des Gewerbegebiet Bernhäuserweg II der derzeitige Fuß- und Radweg von der Max-Eyth-Straße zur Bernhäuserstraße. Da dieser Weg eine wichtige Verbindung zum Radweg entlang der Bernhäuserstraße darstellt, hat die Verwaltung einen Ersatz zum Zeitpunkt der Aufgabe dieses Weges zugesagt. Wir warten und freuen uns auf den neuen Interimsradweg, denn die S-Bahnverlängerung macht auf jeden Fall eine Planung neuer Fuß- und Radwege notwendig.

In der Vergangenheit konnten vermehrt gefährliche Situationen an der Fußgängerampel der Kreuzung Schloßstraße/Wilhelmstraße beobachtet werden. Trotz Hinweisen und Lösungsvorschlägen aus der Bürgerschaft an die Verwaltung erfolgte bisher keine Reaktion. Aus uns nicht bekannten Gründen finden die Sitzungen bzw. die Begehungen des Verkehrsausschuss nicht mehr jährlich statt. Wir IGL meinen allerdings, dass lange Wartezeiten, bis ein Verkehrsproblem begutachtet und beurteilt wird, für unsere Bürgerinnen und Bürger eine Zumutung sind. Deshalb fordern wir, dass die Sitzungen des Verkehrsausschuss wieder mindestens im jährlichen Rhythmus stattfinden.

Nachdem das Gesundheitsamt 2013 keine Bedenken für den Weiterbetrieb des Freibades angemeldet hat, war das für die Verwaltung Grund genug sich zurückzulehnen. Der versprochene Arbeitskreis, der sich über Unterhalt, Weiterführung und Sanierung des Bades Gedanken machen sollte, wurde nicht gegründet. Entscheidungen wie die Einrichtung des Volleyballfelds für 40 000 € zur Unzeit, nämlich mitten in der Saison, traf die Verwaltung ohne Vorliegen einer Gesamtkonzeption, ohne Rücksicht auf den Naturschutz, ohne Bedarf oder Lärmbelastung der Anwohner ermittelt zu haben und ohne Kommunikation mit dem Gemeinderat. Auch wenn die Verwaltung im Mitteilungsblatt vom „hoch frequentierten Beach-Volleyballfeld“ spricht, sind wir in der jetzt zu Ende gegangenen Schwimmbadsaison zu anderen Erkenntnissen gelangt. Unser Bädle ist ein Familienbad und Verbesserungen für Kleinkinder, mehr Schattenplätze, solarbetriebene Warmwasserduschen etc. wären angebrachter gewesen. Deshalb fordern wir, dass vor neuen Investitionen eine Machbarkeitsstudie unter Einbeziehung eines Arbeitskreises erstellt wird.

Zurückgelehnt hat sich nach unserer Einschätzung die Verwaltung auch, und diesmal mit dem mehrheitlichen Einverständnis des Gemeinderats, im Kinderbetreuungsbereich. Nachdem das Kinderhaus am Egelsee fertig gestellt und bezogen war, wollte man erst mal abwarten. Aktuell fehlen Ganztagesplätze für die über Dreijährigen. Wenn die Verwaltungslösung dieses Problems die Aufstellung eines Containers für eine Kindergartengruppe beim Kinderhaus am Egelsee sein sollte, wirkt dies für uns hilflos und konzeptlos. Wir IGL können so einem Vorschlag nur der Not

gehorchend zustimmen. Wir erwarten umgehend „die Fortschreibung der Kindergartenkonzeption, korrigiert um den tatsächlichen Bedarf und mit Vorschlägen, wie baulich und terminlich weiter verfahren werden kann und außerdem ergänzt um eine Kostenschätzung“ so unsere Forderung schon im Januar 2014 und auch heute. Wir wollen in dieser Fortschreibung auch beantwortet haben wie sichergestellt werden kann, dass Ganztageskinder von 0 bis zum Schulalter in der einmal gewählten Einrichtung bleiben können, welche Vergabekriterien bei Engpasssituationen angewendet werden und wie die Vergabepraxis für Eltern transparent dargestellt werden kann. Derzeit setzt sich eine Arbeitsgruppe der Kindergartenfachverbände mit der Weiterentwicklung der Gebührenmodelle auseinander, deshalb wurden in diesem Jahr die Kinderbetreuungsgebühren nur für ein Jahr festgelegt. Wir wollen, dass sich Alleinerziehende und Geringverdiener die Kinderbetreuungsgebühren auch für eine Ganztagesbetreuung leisten können. Deshalb beantragen wir, dass die Verwaltung für die nächste Gebührenanpassung einen Vorschlag für einkommensabhängige Kinderbetreuungsgebühren erarbeitet.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, unsere Musikschule, um nur einige zu nennen, sind für die IGL wichtige Anliegen die wir gerne unterstützen. Um es mit John F. Kennedy zu sagen „Es gibt nur eines was teurer ist als Bildung: Keine Bildung.“

Baden-Württembergs Schullandschaft befindet sich im Umbruch. Neue pädagogische Konzepte, Heterogenität, Ganztagesbetreuung und Inklusion erfordern andere räumliche Voraussetzungen. Es kann jedoch festgestellt und durch Zahlen belegt werden, dass das Angebot einer am Kind orientierten Pädagogik und einer ganztägigen Betreuung den Nerv der Zeit trifft.

Die Mozartschule hat steigende Schülerzahlen auch ohne Neubaugebiete, die Friedrich-Schiller-Schule bekommt die veränderten Übergangsquoten an die weiterführenden Schulen zu spüren und beide Schulen können nur unter Einschränkungen Kinder mit Handicap aufnehmen. Deshalb findet die für Neuhausen vorgesehene Schulentwicklungsplanung auch unseren Zuspruch.

In diesem Schuljahr startet die Mozartschule (MoS) in der ersten Klasse fünfzügig. Neue Lehr- und Lernformen und Ganztagesangebote erfordern mehr Räume und einen größeren Mensabereich. Für denkbar schlecht halten wir allerdings Ideen wie weitere Anbauten. Das ist oft genug geschehen, viel zu wenig ist dagegen bezüglich einer energetischen Sanierung passiert. Deshalb wollen wir, dass auch für die Mozartschule eine Machbarkeitsstudie erstellt wird, mit allen Optionen wie Generalsanierung, Neubau oder Erweiterung am Standort. Für uns denkbar wäre auch eine Campuslösung an einem neuen Standort. Die vorgestellte kleine Lösung zum Schulhofumbau halten wir trotzdem für notwendig und längst überfällig. Der Fensteraustausch in der Turnhalle der MoS sollte allerdings zurückgestellt werden, bis Klarheit über das weitere Vorgehen besteht.

Der Friedrich-Schiller-Schule (FSS) stehen ebenfalls Veränderungen bevor. Die erste derzeit sichtbare Veränderung findet im Außenbereich mit der Sanierung des Pausenhofs statt. Die zweite

Veränderung hat ebenfalls schon stattgefunden. Die allgemein rückläufigen Anmeldezahlen an den Werkrealschulen haben bei uns zur Folge, dass in diesem Schuljahr keine Werkrealschulklasse gebildet werden konnte. Da an der FFS schon vor zwei Jahren für die Eingangsklassen der Realschule die neuen Formen des Lernens und Lehrens innerhalb eines rhythmisierten Stundenplans eingeführt wurden, war die Schule auf diese Situation gut vorbereitet. Die 12 Werkrealschulkinder der Eingangsstufe konnten in der Realschule aufgenommen werden. Mit ihrem neuen pädagogischen Konzept hat die Schule die ersten Grundsteine zur Weiterentwicklung hin zu einer Gemeinschaftsschule gelegt, in der individuelle Förderung von heterogenen Lerngruppen zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg führen soll. Die Gesamtlehrerkonferenz hat sich schon für diese neue Schulform ausgesprochen. Sie betrachtet dies als konsequente und logische Fortführung ihres pädagogischen Konzepts. Für die Antragstellung einer Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2016/17 fehlen noch das Votum von Schulträger und Schulkonferenz. Wir IGL unterstützen die Weiterentwicklung der FSS hin zu einer Gemeinschaftsschule.

Fassadendämmung, Brandschutz, Akustik, Lehrerzimmer der FSS entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Klassenzimmer müssen den neuen Lernformen angepasst werden und eine Mensa fehlt gänzlich. Zur Sicherung des Schulstandorts Neuhausen muss die FFS zukunftsfähig aufgestellt werden. Deshalb muss noch in diesem Jahr die Machbarkeitsstudie im Gemeinderat diskutiert und müssen die weiteren Schritte zur baulichen zukunftsfähigen Weiterentwicklung eingeleitet werden.

Die Fraktion der IGL hält mit Blick auf die große Anzahl von Schülerinnen und Schülern der FSS aus Wolfschlugen eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Verwaltungen von Wolfschlugen und Neuhausen für dringend erforderlich.

Lobend erwähnen möchten wir an dieser Stelle wie die Verwaltung zusammen mit den Schulleitungen die Eltern beider Schulen in die Weiterentwicklung mittels der Arbeitskreise eingebunden hat und auch in Zukunft einbinden wird. Wir sagen gut so und weiter so.

Hoffen wir, dass unsere Forderung nach mehr Einbindung von Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse auch auf diese Weise von der Verwaltung gelöst wird. Damit könnten in diesem HH-Jahr Vorschläge im Jugendbeirat diskutiert und Formate erarbeitet werden.

Im Quartier für Generationen haben Spatenstiche und Grundsteinlegungen stattgefunden. Erfreulicherweise werden wir an dieser Stelle neben Jugendeinrichtungen und einem Quartier für junge Familien bis voraussichtlich 2019 ein Pflegeheim und betreute Wohnungen vorfinden. Die neue Wegeverbindung bzw. der Steg der dieses Gebiet an das Kirchplatzareal anbindet, wurde von allen Fraktionen begrüßt. Allerdings weichen die Kosten für die vorgelegte und wie wir meinen einer an dieser Stelle überdimensionierte Planung von der Kostenschätzung um 65 000 € ab. Die Planungskosten sind mit mittlerweile 300 000 € viel zu hoch und deshalb vom GR mehrheitlich abgelehnt worden. Auch die Fraktion der IGL vertritt die Meinung, dass hier Wünschenswertes und

Notwendiges getrennt werden muss. Wir erwarten jedoch, dass eine abgespeckte Variante für diese Wegeverbindung dem GR noch in diesem Jahr zur Entscheidung vorgelegt wird.

Noch vom alten Amtsleiter Herrn Geyer wurde uns eine Altenhilfeplanung vorgestellt. Die demographische Entwicklung schreitet auch in Neuhausen voran. Bedarfsplanungen erfüllen nur dann ihren Zweck wenn sie kontinuierlich fortgeschrieben werden. Deshalb erwarten und freuen wir uns auf die weiterentwickelten und fortgeschriebenen Erkenntnisse der Verwaltung zur Altenhilfeplanung.

„Die Vernetzung und Unterstützung ortsansässiger Betriebe durch die Gemeinde soll bis 2020 auf Grundlage einer gemeinsam erarbeiteten Strategie weiter ausgebaut werden.“, so das selbst gesetzte Ziel unserer „Ziele und Maßnahmen für die nächsten 5-10 Jahre“. Wir beantragen, dass unter dem Punkt Maßnahmen für 2016 ein Treffen mit dem BdS und ein Unternehmensforum aufgenommen werden. Selbstverständlich sollten außer der Verwaltung auch Mitglieder des Gemeinderats in diese beiden Zusammenkünfte einbezogen werden. Anleihen für derartige Veranstaltungen können gerne in LE genommen werden. Dort werden diese sich gegenseitig befruchtenden Treffen jährlich angeboten.

Derzeit erleben wir in Europa einen Flüchtlingsansturm von ungeahnter Größe und alle zuständigen Ebenen befinden sich im Krisenmodus. Die Aufnahme von Menschen die vor Krieg, Terror, willkürlichen Verhaftungen und Hunger fliehen, ist zum einen im Grundgesetz verankert, zum anderen aber ein Gebot der Mitmenschlichkeit. Diese humanitäre Aufgabe kann nur im Miteinander von Politik und Zivilgesellschaft bewältigt werden. Mit unter anderem schnelleren, dreimonatigen Asylverfahren, der Einführung einer Gesundheitskarte und mit einem dauerhaften, dynamischen Finanzierungszuschuss wird der Bund zukünftig für die Entlastung von Land und Kommunen sorgen. Anfang des Jahres ging man im Landkreis Esslingen von 3 400 unterzubringenden Flüchtlingen aus. Mittlerweile sind die Prognosen für 2016 bei 10 000 Flüchtlingen angekommen. Wiederum 2% davon, das entspricht 200 Asylsuchenden, müssen in Neuhausen untergebracht werden. Das bedeutet dass die geplante Unterkunft für 133 Flüchtlinge dann zu klein sein wird. Den Experten zufolge werden 80% der Flüchtlinge Anschlussunterbringung benötigen. Deshalb müssen wir uns schnell Gedanken über weitere schnell umzusetzende Unterbringungsmöglichkeiten machen und wir müssen auch schnell Plätze für die Anschlussunterbringung schaffen. Die große Welle der Hilfsbereitschaft die andernorts entstanden ist wünsche ich mir auch für uns in Neuhausen. Sie wird besonders notwendig werden, wenn wie Herr Bürgermeister Hacker vorhin ausführte, in naher Zukunft 75 Flüchtlinge für voraussichtlich ein halbes Jahr in einem Zelt auf dem Festplatz untergebracht werden. WiN steht für „Willkommen in Neuhausen“ und ist der Name des Flüchtlingsarbeitskreises. Es stimmt uns zuversichtlich, dass sich schon jetzt im Vorfeld so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger Gedanken über Überstützungsangebote für die zu uns kommenden Menschen machen und wie unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Fraktion der IGL überzeugt,

dass wir in Neuhausen „das schaffen“. In der Historie haben wir das schon einmal unter Beweis gestellt als nach dem Krieg das 3000 Einwohner zählende Neuhausen 300 Flüchtlinge aufgenommen und ihnen eine neue Heimat gegeben hat. Das Einsammeln von Spendengeldern sollte nicht die erste und vorrangige Aufgabe von WiN sein. Deshalb beantragen wir, dass zur Unterstützung der Arbeit der Ehrenamtlichen, sei es ein Regal für die Kleiderkammer, Werkzeug für die Fahrrad-reparatur, eine Tasse Kaffee, Fahrtkosten oder ähnliches, ein Etat (Starhilfe) zur Verfügung gestellt wird.

Bezahlbare Mietwohnungen sind auch in Neuhausen ein knappes Gut und sie dürfen nicht gegen Wohnungen für Asylanten ausgespielt werden, denn das birgt sozialen Sprengstoff. Deshalb dürfen wir die Bevölkerungsgruppen die auf bezahlbare Mietwohnungen angewiesen sind nicht vergessen und müssen uns um das Thema sozialer Wohnungsbau verstärkt kümmern. Wir erwarten von der Verwaltung Vorschläge wie in den anstehenden Bebauungsplänen Ziegelei und Akademie-gärten bezüglich sozialen Mietwohnungsbaus nachjustiert werden kann.

In einem verdichteten Raum wie dem unseren bedarf es einer guten und engen Abstimmung mit den Nachbarkommunen. Neue Straßen, neue Baugebiete, die Ansiedlung von Speditionen um nur einige zu nennen, wirken sich auch immer direkt auf die Nachbarn aus. In dieser Kommunikation und der Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen sehen wir IGL bei Ihnen Herr Bürgermeister Hacker schon noch viel Luft nach oben. Wir begrüßen eine verbindlichere Form der Zusammenar-beit innerhalb des KAF (Kommunaler Arbeitskreis Filder) und warten schon gespannt auf die Vor-schläge hierzu.

S-Bahn, Schulhausumbauten oder Generalsanierungen, Kindergärten, bezahlbarer Wohnraum, Flüchtlingswohnheime, Anschlussunterbringung von Flüchtlingen, Freibad - damit steht Neuhaus-en unbestritten vor einem großen Aufgabenkatalog den es zu finanzieren gilt. Die Fraktion IGL setzen deshalb auf schrittweise Umsetzungen auf der Grundlage von Konzepten statt auf Adhoc-Entscheidungen, auf Reduzierung auf das Notwendige statt Steigerung auf das Wünschenswerte und auf die Betrachtung möglicher Folgekosten. Ein gutes Arbeitsklima zwischen Verwaltung und Gemeinderat wäre der Sache sehr zuträglich. Das könnte unseres Erachtens an manchen Stellen verbessert werden, beispielweise wenn Vorlagen nicht erst 3 Stunden vor Sitzungsbeginn oder als Tischvorlagen eingebracht werden (Beispiel Hungerberg), wenn von der Verwaltung auf einen spä-teren Zeitpunkt verwiesen wird und dieser sich dann als zu spät herausstellt (Beispiel Radweg – Bernhäuserweg II), wenn Entscheidungen von der Verwaltung gehört, aber nicht erhört werden (Beispiel FSS), wenn wie beim Freibad eine einschneidende kostspielige Verwaltungsentscheid-ung nicht mit dem GR kommuniziert wird und wenn politische Entscheidungen auf der Sachebene bleiben und nicht auf der persönlichen Ebene behandelt werden.

„...die Bewirtschaftung von Mitteln nach dem HH-Plan bis zu 50 000 € im Einzelfall“ dieser Punkt der Hauptsatzung gibt Ihnen Herr Bürgermeister Hacker einen Entscheidungsspielraum und ist

doch auch ein Vertrauensvorschuss des Gemeinderats. Als Gemeinderat ist es nicht ganz einfach jede Position des HH-Plan im Vorfeld der Beratungen in den Blick zu nehmen. Deshalb beantragen wir, dass alle Ausgaben die zur Bewirtschaftung von Mitteln nach HH-Plan eingestellt sind und die 5000 € überschreiten in einer Tabelle dargestellt und mit Erläuterungen versehen werden.

Unser Dank gilt wie immer allen die sich in unserer Gemeindeleben einbringen, sei es durch ehrenamtliches Engagement in Kirchen, Vereinen und Arbeitskreisen oder durch das Bezahlen von Steuern.

Wir behalten es uns vor, während der HH-Beratungen noch Anträge einzubringen, wünschen den HH-Beratungen einen konstruktiven und guten Verlauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Für die Fraktion IGL

Gabriele Probst